

II-10382 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5194/J

A n f r a g e

1990 -03- 15

der Abgeordneten Dipl.Ing.Dr. Keppelmüller
und Genossen

an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst
betreffend gesundheitliche Schäden durch Dentalamalgam

Mit einer Entschliebung des Nationalrates vom 18. Oktober 1989 ist der Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst ersucht worden, zum Schutze der Gesundheit der österreichischen Bevölkerung eine Studie in Auftrag zu geben, "die unter Berücksichtigung aller bisher vorhandenen Forschungsergebnisse im In- und Ausland, insbesondere jener Forschungsarbeiten, die einer ganzheitlichen medizinischen Sichtweise folgen, über mögliche gesundheitliche Schäden durch Dentalamalgam und zur Verfügung stehende Alternativen und Vorbeugungsmaßnahmen Auskunft gibt." In einem kritischen Artikel der Tageszeitung "AZ Tagblatt" vom 9.3.1990, der unserer Anfrage in Kopie beigelegt ist, ist davon die Rede, daß der Entschliebungsantrag des Parlaments "vorerst viel Staub ansetze".

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst folgende

A n f r a g e :

1. Haben Sie die in der Entschliebung des Nationalrates geforderte Studie über mögliche gesundheitliche Schäden durch Dentalamalgam bereits in Auftrag gegeben ?

- 2 -

2. Werden Sie die im Entschließungsantrag mit Ende April 1990 angegebene Frist zur Berichterstattung der Ergebnisse dieser Studie an den Nationalrat einhalten ?
3. Ist Ihnen die im Artikel des "AZ Tagblatts", vom 9.3.1990 zitierte Untersuchung des Institutes für Biologie des Forschungszentrums Seibersdorf bekannt ?
4. Trifft es zu, daß diese Untersuchung bereits Mitte 1987 den österreichischen Gesundheitsbehörden vorgelegt und sofort unter Beschluß genommen wurde ?
5. Können Sie die erwähnte Untersuchung des Forschungszentrums Seibersdorf dem Parlament gesondert oder zumindest im Rahmen der vom Parlament geforderten Studie zur Verfügung stellen ?

Dreh mit „Giftbomben“ im Mund

Eine österreichische Lösung verlängert das Leiden Zehntausender Patienten

Die Leiden sind groß, der Streit ist heftig, und die Untersuchungsergebnisse sind eindeutig. Es geht um Amalgamplomben in den

Zähnen. Durch eine Verordnung sollen Amalgamplomben verboten werden. Es bleibt allerdings eine große Hintertür offen.

zur Herauslösung von Quecksilber aus Amalgamfüllungen, und zwar auch jenen Non-Gamma-2-Materialien, kommt, die bisher von der Verkaufspresse und anderen fachlich unzuständigen Interessenten als nicht berücksichtigungswürdig bezeichnet wurden.“

„Sämtliche geprüften Amalgame geben im Mund mehr oder minder Quecksilber ab. Im Mund von Amalgamträgern reichert sich Quecksilber an Zahnwurzeln und Kieferknochen an und kann von dort weiter vordringen. Uns erscheinen

VON FRANZ FISCHILL

Amalgamflickarbeiten auf Grund der vorliegenden Untersuchungsergebnisse zu risikoreich und sollten unterbleiben.“ So steht es in einer umfangreichen Untersuchung des Institutes für Biologie des Forschungszentrums Seibersdorf. Die Arbeit wurde bereits Mitte 1987 den österreichischen Gesundheitsbehörden vorgelegt und sofort unter Verschluss genommen.

Während Tausende Österreicher an den Folgen einer Quecksilbervergiftung durch Amalgamplomben lei-

den, spricht man im Obersten Sanitätsrat noch immer von Einzelfällen und bescheinigt Amalgam entgegen eindeutiger Untersuchungsergebnisse die Ungefährlichkeit. In der Schweiz ist im vergangenen Dezember der Amalgamumsatz um 99 (neunundneunzig) Prozent zurückgegangen.

In Österreich dagegen setzte ein Entschließungsantrag im Parlament vom 7. Juni 1989 vorerst viel Staub an. Präsident Rudolf Sametz vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger bezichtigte Amalgamkritiker sogar der „irreführenden und unqualifizierten“ Argumentation. Der Münchner Quecksilberexperte und Arzt Max Dauderer hat dagegen allein an 2000 Patienten aus Österreich und der BRD Quecksilbervergiftungen durch Amalgamplomben nachgewiesen.

Im Wiener Gesundheitsministe-

rium arbeitet man dagegen an einer österreichischen Lösung: Die gefährlichen-Gamma-2 Amalgamplomben sollen verboten werden.

Gleichzeitig werden aber die sogenannten Non-Gamma-2-Plomben vom Verbot eigens ausgenommen werden. Wider besseres Wissen allerdings.

In der Seibersdorf-Studie aus dem Jahre 1987 steht klar und deutlich: „Unsere eigenen Untersuchungsergebnisse bestätigen unsere Vermutungen, daß es tatsächlich